

Erscheint wöchentlich 3 Mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Postanstalten und Buch-  
handlungen des In- und  
Auslandes an.  
Hilfs-Expeditionen für die  
Vereinigten Staaten:  
F. K. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
O. E. Künzler,  
98 S. Market str. corn.  
Madison str. Chicago, Ill.

# Der Volksstaat

**Abonnementspreis:**  
Für Preußen incl. Stempel-  
steuer 21 Sgr., für die übrigen  
deutschen Staaten 16 Sgr.  
pro Quartal,  
pro Monat 6 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend  
pro Quartal 17 1/2 Sgr.,  
incl. Bringerlohn.  
Für Leipzig nehmen Be-  
stellungen an: die Expedition  
(Geigerstr. 44) — J. Müller  
(Bayerischestraße 8b, IV.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 54.

Freitag, 4. Juli.

1873.

## Abonnements-Einladung.

Parteienossen!

Seit 1. Juli erscheint das Parteiorgan  
wöchentlich dreimal,  
und zwar Mittwoch, Freitag und Sonntag.

Der Preis wird 16 Sgr. (36 Kr. rh.) pro Quartal,  
6 Sgr. (21 Kr. rh.) pro Monat betragen, exclusive der in  
Preußen üblichen Stempelsteuer.

Denjenigen Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband  
beziehen, wird dasselbe bei dreimaliger Zusendung in folgender  
Weise berechnet:

- für Deutschland 1 Thlr. 5 Ngr. (2 fl. 3 Kr. rh.);
- für die Schweiz, Serbien, Belgien, Scandinavien und  
Italien 1 Thlr. 10 Ngr. (5 Frs.);
- für Frankreich, die Niederlande, Portugal, Großbritan-  
nien, Rumänien und die Türkei 1 Thlr. 20 Sgr.  
(6 1/4 Frs.);
- für Spanien und für Amerika 2 Thlr.

Für Leipzig und Umgegend ist der Abonnementspreis  
(mit Bringerlohn) auf 17 1/2 Sgr. pro Quartal und 6 Sgr.  
pro Monat festgesetzt.

Alle deutsche Postanstalten nehmen Monats-Abonnements  
entgegen.

Es steht zu hoffen, daß diesem öfteren Erscheinen des  
„Volksstaat“ auch eine entsprechende Zunahme der Abonnenten-  
zahl folgen wird. Möge Jeder das Seine thun, damit der-  
selbe in keiner Fabrik, in keiner Werkstätte, in keiner  
Hütte mehr fehle. Je größer die Abonnentenzahl, desto wirk-  
samer kann das Blatt eintreten für die Interessen des arbeits-  
amen Volkes, desto nachdrücklicher kann es gegen die Klassenherr-  
schaft und gegen die moderne Produktionsweise ankämpfen.

Parteienossen! Der „Volksstaat“ ist das beste Mittel  
zur Verbreitung unsrer Grundzüge; kein Opfer darf Euch zu  
groß erscheinen, wenn es gilt, demselben allüberall Eingang zu  
verschaffen!

Wir bitten, die Bestellungen rechtzeitig aufzugeben, damit  
in der Zusendung keine Verzögerung eintritt.

Redaktion und Expedition.

## Die Ausnahmegesetzgebung gegen die Arbeiterklasse. (Schluß.)

Das sind also die sogenannten „Gewerbegerichte“, welche die  
Staatsgewalt unter scheinbarer Mitwirkung der Arbeiter einführen  
will; brutal aber kann die Klassenjustiz sich nicht manifestieren,  
als es durch die hiernach gebildeten Gewerbegerichte geschieht.  
Jedes gewöhnliche Gericht, jedes aus reinen Bourgeoisie zusamen-  
gesetzte Geschworen- oder Schöffengericht ziehen wir dieser Sorte  
Gewerbegerichte vor. Bei den ersten Arten von Gerichtshöfen  
ist eine Täuschung nicht möglich; hier tritt der Charakter der ar-  
beiterfeindlichen Klassenjustiz zu Tage, als daß ein Mensch  
sich sollte täuschen lassen. In diesen Gewerbegerichten aber gibt  
man scheinbar der Arbeiterklasse ein Recht gleichberechtigter Mit-  
wirkung in ihren eignen Angelegenheiten, während sie thatsächlich  
nichts ist als der Stasiß, dessen Ja oder Nein an dem Urtheils-  
spruch nicht das Geringste ändert. Doch untersuchen wir. Nach  
§ 108 sind alle zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ausbrechende  
Streitigkeiten entweder besonderen Behörden, die in der Regel  
Polizeibeamte sein werden, oder der Entscheidung der Gemeinde-  
behörden, oder Deputationen derselben, oder besonderen Gewerbe-  
gerichten zur Urtheilssprechung zu unterbreiten. Was die Arbeiter-  
klasse von der Polizeibehörde zu erwarten hat, ist zu bekannt, um  
ein Wort darüber zu verlieren, der Name Polizei besagt alles.  
Gleich neben der Polizei, ja sie vielleicht an feindseliger Gesin-  
nung gegen die Arbeiter übertreffend, kommen die Gemeindebe-  
hörden. In ganz Deutschland sind diese der reinste Ausdruck der  
Interessenvertretung der Bourgeoisie; überall haben die Arbeiter  
auf die Wahl derselben entweder keinen oder nur geringen Ein-  
fluß. Die Inhaber dieser Gemeindeämter sind meist selbst Arbeit-  
geber oder mit solchen verwandt und verschwägert. Bei jedem  
ausbrechenden Streit, jedem Streit zwischen Arbeiter und Arbeit-  
geber sind sie also entweder persönlich interessiert oder durch Bru-  
der-, Vetter-, Schwägerchaft beteiligt, sie sind also von vorn-  
herein eine dem Arbeiter feindselige Partei; und von dieser  
soll der Arbeiter Unbefangenheit des Urtheils und Parteilosigkeit  
erwarten? Das ist gegen alle menschliche Erfahrung und Natur  
und am allerwenigsten vor unserer Bourgeoisie zu erwarten, die,  
wo es sich um ihr Interesse handelt, mit einer Niederträchtigkeit  
der Gesinnung, Rachsucht und Schamlosigkeit begabt ist, die ihres  
Gleichen sucht.

So wenig also die Arbeiterklasse sich mit der Urtheilssprechung  
durch die Polizei oder die Vertreter der Bourgeoisie zufrieden  
gehen kann, eben so wenig kann sie zufrieden sein mit den in

§ 108a proponierten Gewerbegerichten. Statt daß die Teilnehmer  
der Gewerbegerichte aus der Klasse der Arbeiter und der Arbeit-  
geber aus allgemeinen gleichen und direkten Wahlen hervorgehen,  
wobei selbstverständlich jede Klasse ihre eignen Vertreter zu wählen  
hätte und die Arbeiterinnen mit gleichen Rechten wie die männ-  
lichen Arbeiter ausgestattet sein müßten, wird die Liste der Theil-  
nehmer für das Gewerbegericht durch Wahl Seitens der Ge-  
meindevertretung gebildet.

Das ganze Gewerbegericht ist sonach ein unreactionäres Nach-  
werk und es gehört allerdings eine eiserne Stirn dazu, eine Stirn,  
wie sie der „eiserne Graf“ besitzt, einen solchen Gesegentwurf ein-  
zubringen. Aber Bismarck kennt seine Pappenheimer, er weiß,  
daß dieser Gesegentwurf der Bourgeoisie aus der Seele ge-  
sprochen ist.

Die Gemeindevertretung wird also die Beisitzer auswählen  
und es versteht sich da von selbst, daß die aus den Arbeiterkreisen  
genommenen Beisitzer die zahmsten, gehorsamsten und laien-  
budeelndsten sein werden, die aufzutreiben sind. Aus dieser so  
zusammengestellten Liste wählt der Vorsitzende des Gerichts  
wiederum die ihm passendsten aus. Das Gericht ist in der Regel  
zusammengesetzt aus einem Vorsitzenden und je einem Beisitzer  
aus der Liste der Arbeiter und Arbeitgeber. Alle Beschlüsse werden  
mit Majorität gefaßt, die bei 3 Mann, 2 bilden. Gesetzt den  
Fall also, daß trotz des eingeführten Filtrirapparats ein Arbeiter  
in das Gericht käme, der noch einen Funken Gefühl für das Recht  
seiner Klasse besitzt, so wird er in allen Fällen von dem bei-  
sitzenden Bourgeoisie und dem vorsitzenden Beamten überstimmt.  
Man rede uns nur nicht von der Unparteilichkeit der Beamten,  
wir sehen, gerade herausgesagt, in die Unparteilichkeit des aller-  
größten Theils der richterlichen Beamten das tiefste Mißtrauen.  
Zahlreiche Erfahrungen haben bewiesen, daß die richterlichen Be-  
amten den Verlockungen, Wänschen und nöthigenfalls crusten  
Weisungen von oben gerade so gut zugänglich sind, wie andere  
Kreise. Und im vorliegenden Falle ist dieses Mißtrauen um so  
begründeter, da der Vorsitzende des Gerichts von der obersten Justiz-  
aufsichtsbehörde des Landes, also dem Justizminister, ernannt wird.  
Dieser wählt nach seinem Ermessen die Beamten aus, auf welche  
Eigenschaften aber bei einer solchen Ernennung von einer den Ar-  
beiterbestrebungen feindseligen Regierung vorzugsweise Rücksicht  
genommen wird, ist nicht nöthig näher auszuführen. Die berühmte  
Einrichtung der Hilfsrichter bei dem Obertribunal in Berlin hat  
bewiesen, was sich nicht alles mit geschmeidigen Richtern erzielen  
läßt.

Ist hiernach schon in Bezug auf Zusammensetzung und Ur-  
theilssprechung der Gewerbegerichte der schenlichste Klassenjustiz  
Thür und Thor geöffnet, dann sind die Bestimmungen über die  
Vollmachten dieser richterlichen Behörde nicht minder auffallend.  
So kann nach § 108a eine Entschädigung, welche wegen unbe-  
fügten Verlassens der Arbeit zuerkannt ist, die Beschlagnahme der  
noch nicht fälligen Arbeitslöhne der Beurtheilten oder  
anderer dem Lohne nach dem Gesetze vom 21. Juni 1869  
gleichstehenden Vergütungen ausgesprochen werden. Mit  
dieser Bestimmung ist das Gesetz, betreffend das Verbot der Be-  
schlagnahme noch nicht verdienter Arbeitslöhne, zu Gunsten der  
Arbeitgeber durchlöchernd und zu nichte gemacht. Eine  
saubere Staatsverwaltung, die mit der einen Hand sofort wieder  
nimmt, was sie mit der andern als eine „Wohlthat für die arbei-  
tenden Klassen“ erst gegeben hat. Bezeichnend für den Geist die-  
ses famosen Gesegentwurfs sind auch die Bestimmungen im § 108f  
über die Zulässigkeit der Nichtigkeitsbeschwerde. Diese ist darnach  
überhaupt nur zulässig, wenn es sich um eine Rechtsform, die  
nicht oder nicht richtig angewandt wurde, handelt, eine Nichtigkeits-  
beschwerde über die Höhe des Strafmaßes, wie sie in den Pro-  
ceduren aller Staaten vorhanden ist, ist nicht zulässig. Und  
als sei es mit allen diesen geradezu ungeheuerlichen Abnormitäten  
noch nicht genug, wird in demselben § 108f auch noch bestimmt,  
daß die Urtheilsvollstreckung durch Erhebung der Nichtigkeitsbe-  
schwerde nicht aufgehalten wird. Es kann also passieren, daß  
ein Arbeiter, zu Gefängniß verurtheilt, seine Haft sofort antreten  
muß, schließlich aber mit seiner Nichtigkeitsbeschwerde durchdringt,  
ohne daß ihm für die mittlerweile verbüßte Haft irgend eine Ge-  
nugthuung gewährt wird.

Der Bundesrath in seiner Erläuterung hat denn auch einge-  
sehen, daß die in dieser Form zugelassene Nichtigkeitsbeschwerde  
nichts als Schwindel sei und hat mit anerkennenswerther Rück-  
sichtlosigkeit beschlossen, daß die Nichtigkeitsbeschwerde zu freieren  
und es bei dem Urtheilsspruch des Gewerbegerichts ein-  
fach sein Bewenden habe. Wir begreifen nur nicht, warum  
man sich überhaupt Mühe gibt, ein solches Nachwerk wie das  
Gewerbegericht ins Leben zu rufen; praktischer und sicherer, auch  
ehrlicher wäre es, wenn man einfach erklärte: wenn ein Arbeiter  
die in den § 153 und 153a angeführten Handlungen begeht, ist  
er ohne Weiteres bis zur Dauer eines Jahres einzusperrten.  
Warum der brutalen Klassenjustiz noch ein Mantelchen um-  
hängen?

Dieser Gesegentwurf ist wirklich ein interessantes Zeichen des  
wüthenden Hasses und — der Furcht, womit man in Regierungs-  
kreisen auf die Arbeiter blickt. Die Armen, die ihr einziges Eigen-  
thum, ihre Arbeit, möglichst gut zu verwerthen trachten, werden  
eingesperrt, die großen Spitzbuben, die fremdes Eigenthum in  
Hunderttausenden zusammenscharren, die läßt man nicht nur laufen,  
die werden noch geschätzt und mit Ehren überschüttet. Als vor  
einigen Monaten Herr Pasler von der Tribüne des preussischen  
Abgeordnetenhauses die Corruption der Bourgeoisie und der höheren  
Beamtenwelt aufdeckte, entstand eine allgemeine Entrüstung, als  
deren Frucht etwelche Gimpel den Erlaß entsprechender Gesetze  
sicher wähten. Aber von Gesetzen gegen den schamlosesten Be-

trug, den Diebstahl en gros und die schenlichste Corruption, wie  
sie unsere „besitzende und gebildete Klasse“ Tag für Tag im  
hellen Sonnenlichte ausübt, verlautet nichts. Sehr natürlich! Die  
Herren Minister und Bundesrathmitglieder gehören selbst zu den  
Leuten, „die Aktien besitzen“ und eine große Zahl der Reichsboten  
stehen als Gründer und Verwaltungsräthe an der Spitze der mo-  
dernen Raubanstalten. Hiergegen ein Gesetz schnitte in das eigene  
Fleisch, aber gegen die Arbeiter Unterdrückungsmaßregeln zu erlassen,  
das ist profitabel, das steigert die Lantien und Dividenden  
und füllt den Säckel.

Mögen die Arbeiter die Augen aufhalten, der Klassenkampf  
entwickelt sich rapid. Preßgesetz, Militärgesetz, Gewerbegesetz sind  
gegen sie in Vorbereitung und als vierte Säule der „Ordnung“  
kommt für die Herbstsession des Reichstags vielleicht noch ein Be-  
eindgesetz hinzu, dann ist der Staat „gerettet.“

Veräumen wir keine Minute, uns neue Anhänger zu ver-  
schaffen; der Tag kommt, wo wir sie brauchen.

## Der Congress der englischen Internationalen.

Der letzte Jahrescongress der englischen Internatio-  
nalen, welcher bekanntlich am 1. Juni zu Manchester statt  
hatte, war, wie schon mitgetheilt, von 26 Delegirten besucht,  
welche zusammen 23 Sektionen oder affiliirte Vereine repräsen-  
tirten. Den Vorsitz erhielt S. Bickers, vom britischen Föderal-  
rath. Nach Constituirung des Bureau, eröffnete Barry  
(vom Föderalrath) die Verhandlungen, indem er einen Bericht  
verlas, den wir im Auszug folgen lassen: „Obgleich die Fortschritte  
der Internationalen Arbeiterassoziation während dieses Jahres in  
England auf den ersten Blick nicht so groß waren, als man hätte  
wünschen sollen, so zeigt sich doch, bei genauerer Prüfung, daß  
die Entwicklung auch viel Befriedigendes darbietet. Ein Gegner  
unserer Bewegung, das sogenannte „leitende Blatt“ (die „Times“)  
bezeichnete vor einigen Monaten die Internationale in England  
als „ein großer Geist in einem kleinen Körper“ (a great soul in  
a small body). Es ist das eine Definition, die wir uns gefallen  
lassen können; mindestens mit demselben Recht können wir aber  
der „Times“, dieser kleingeistigen Anbeterin des kolossalsten und  
kräftigsten Mammonismus, das Compliment zurückgeben. Ja,  
die Internationale ist der Gedanke der revolutionären Bewegung,  
die jetzt durch die Welt geht. Unsonst versuchen die Regierungen,  
dieser Bewegung Einhalt zu thun; unter der Arbeiterklasse aller  
Länder hat die Ueberzeugung Wurzel gefaßt, daß die heutigen  
Regierungen nicht das Volk vertreten, sondern nur die besitzende  
Minorität; daß der „Staat“ nur ein die Unterdrückung und  
Ausbeutung der Massen bezweckender Klassenstaat ist, und daß  
die „Gesetze“ nichts sind, als Waffen der herrschenden Klasse  
zur Knechtung der Beherrschten. Unter solchen Umständen macht  
das Verbot derer, die unsere Bewegung eine ungesetzliche nennen,  
absolut keinen Eindruck auf uns. Wenn die Befreiung des Prole-  
tariats sich nicht ohne Gewaltthätigkeit vollziehen kann, so  
liegt die Schuld nicht an dem Proletariat.

Und die herrschenden Klassen sind wahrhaftig am Wenigsten  
berechtigt, den Vorwurf der Gewaltthätigkeit auszusprechen, denn  
sie haben nie vor Gewaltthätigkeiten zurückgeschreckt, wenn es galt,  
den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenzutreten. Die alte  
Rebensart von dem Fortschritt, der nur durch moralische Mittel  
zu erwirken sei, ist bezwungen auch der Sicherheit anheimgefallen.  
Unsere Feinde haben die physische Gewalt (physical force)  
auf den Thron erhoben. Wenn die herrschenden Klassen mit  
physischer Gewalt die Arbeiter unterdrücken, sind die Arbeiter natür-  
lich gezwungen, sich mit physischer Gewalt zu verteidigen. Wären  
unsere Feinde, die Christen zu sein behaupten, wirklich von den  
Grundsätzen der Religion der Liebe durchdrungen, so würden sie  
unseren Bestrebungen nicht mit dem fanatischen Haß begegnen, den  
sie bei jeder Gelegenheit hervorbrechen lassen; daß sie die Inter-  
nationale Arbeiterassoziation verdächtigen, bekämpfen, mit allen  
Mitteln zu vernichten suchen, stempelt sie zu zynischen Heuchlern.  
Wir wollen die allgemeine Brüderlichkeit der Menschen, die Ver-  
stopfung der Quellen des Elends, Gerechtigkeit auf Erden, Welcher  
eheliche Mann, dem das Wohl seines Mitmenschen, sein eigenes  
Wohl am Herzen liegt, kann dieses Ziel verdammen? Es ist wahr,  
der Weg zu dem Ziel kann mit Leichen bestreut werden. Wer  
aber trägt die Verantwortlichkeit für das Blut, welches vielleicht  
fließen wird? Fürwahr nicht Diejenigen, die den Pfad der Frei-  
heit und Pflicht wandeln, sondern die, welche in engberzigem,  
brutalen Egoismus den Weg versperren, die menschliche Ent-  
wicklung gewaltsam aufzuhalten suchen. Nicht an uns ist es daher,  
zu bestimmen, der Kampf um die Emanzipation des arbeitenden,  
ausgebeugten, unterdrückten Volks solle ein friedlicher sein, sich in  
gesetzlichen Bahnen bewegen. Sache unserer Feinde ist es, dies  
zu bestimmen. Von ihnen, nicht von uns hängt der Verlauf  
ab — machen sie durch vernünftige, gerechte Gesetze, durch eine  
vernünftige, gerechte Regierung eine friedliche Entwicklung möglich,  
so wird die Entwicklung eine friedliche sein. Freilich scheint  
man dies in den oberen Regionen nicht begriffen zu haben. Er-  
klärte doch General Peel, ein handwerksmäßiger Pferdemarkt-  
renner (horse racer), und nebenbei auch Geseggeber und Kriegs-  
minister, vor einiger Zeit, die Aristokratie würde, ehe sie auf ein  
ihrer Privilegien verzichtete, die Themse roth färben mit Blut;  
und wurde doch in diesen Tagen Thiers, der Wörder der Pariser  
Komune, von der Majorität der Versailler Nationalversammlung  
deshalb vom Präsidentenstuhl geworfen, weil er ihr nicht gewalt-  
sam genug gegen die republikanische Partei vorging. Das sind  
Thatsachen, die nicht darauf schließen lassen, daß die herrschenden  
Klassen eine friedliche Entwicklung wollen. Wie dem aber auch  
sei, für uns gibt es keine Wahl. Wir haben die Emanzipation

des Proletariats auf unser Banner geschrieben, und wir müssen und werden das Banner zum Sieg tragen!

Auf Antrag Rouges von Nottingham wurde nach kurzer Diskussion beschlossen:

In Erwägung, daß die Internationale Arbeiterassoziation eine militante (propagandistisch kämpfende — der Ausdruck wurde ursprünglich von der Kirche, speziell den propagandistischen Organisationen derselben, gebraucht) Gesellschaft ist, und daß ihre Mitglieder, obgleich für allgemeinen Frieden und Menschenverbrüderung solidarisch geeint, doch nicht davor zurückbeugen dürfen, wenn Pflicht oder Nothwendigkeit es erheischen, die Waffen für die Verteidigung ihrer Rechte zu ergreifen: daß demgemäß unsere Assoziation als die internationale Armee des Proletariats zu betrachten ist, und daß jede Armee eine Fahne haben muß, um welche die Kämpfer sich zu schaaren haben; und, in weiterer Erwägung, daß die rote Fahne die einzige ist, welche den Prinzipien und Zwecken der Internationalen entspricht, insofern die rote Farbe das Symbol des von dem Volk für die Freiheit und den Fortschritt vergossenen Bluts ist, und die Einheit der Farbe, die Einheit des Menschengeschlechts und die Abschaffung der Klassen bedeutet — während alle anderen Fahnen, was auch ihr Ursprung sein möge, durch die reaktionären Parteien beschmutzt worden sind;

Beschließt der Kongress:

1) Die rote Fahne ist als Fahne der britischen Föderation proklamiert;

2) jede Sektion der britischen Föderation wird aufgefordert, sich mit der roten Fahne zu versehen, auf deren einer Seite die Namen der Assoziation und der Sektion, auf der anderen das Motto: „Keine Pflichten ohne Rechte, keine Rechte ohne Pflichten“ zu verzeichnen sind;

3) Der Kongress fordert alle Föderationen, Sektionen und Gruppen der Gesellschaft auf, beim nächsten Allgemeinen Kongress die Proklamirung der roten Fahne als der Fahne der Internationalen zu beantragen.

Der Kongress trat hierauf in die Diskussion der auf der Tagesordnung stehenden Gegenstände ein, und faßte folgenden Beschluß: Landfrage, Auf Antrag von Mac Dermott):

„Der Besitz des Grund und Bodens ist das unverjährbare Recht des Volkes. Da das Volk durch die betrügerischen Schliche und die tyrannische Urruptation der regierenden Klassen des Landes beraubt worden ist, so ist es berechtigt, die Wiedererstattung des Landes durch jedes Mittel, welches die Umstände ihm an die Hand geben, zu erzwingen. Diese Assoziation hat jedes in ihrer Macht stehende Mittel zu benützen, um die Gedanken der Nationalisirung des Landes (Erklärung des Landes zu Nationaleigentum) zu verbreiten, und die rasche Verwirklichung desselben durch jedes mögliche Mittel zu fördern.“

Erbrechtsfrage (Auf Antrag von Barry):

In Erwägung, daß die Erbschafts-Gesetzgebung ungerecht, ungleich und unmoralisch ist, daß sie Klassen erzeugt und begünstigt, die Reichen bereichert, die Armen ärmer macht, erklärt der Kongress sich für die sofortige unmittelbare Abschaffung des Erbrechts.

Frage der Arbeitsinstrumente (auf Antrag von Wegmann):

In Erwägung, daß die Arbeitsinstrumente unentbehrlich sind für die Erzeugung der Mittel des Lebensunterhalts; daß sie durch die arbeitenden Klassen erzeugt werden; und daß, wenn der Staat die Arbeitsinstrumente sich aneignet, die Klassen der Müßiggänger nicht wie jetzt, im Stande sein werden, die Arbeiter der nothwendigsten Existenzbedingungen zu berauben, spricht dieser Kongress die Nothwendigkeit aus, alle Arbeitsinstrumente zu Staatseigentum zu erheben.

Frage des Staatskredits für die Arbeiter. (Auf Antrag von Dand):

In Erwägung, daß die Produktivassoziation ein Mittel für die ökonomische Befreiung der arbeitenden Klasse ist; daß der Genuß von Staatskredit die Entwicklung der industriellen Assoziation fördern würde; daß der Staatskredit auf der Reichthum erzeugenden Kraft des Landes beruht, und daß die Arbeiter die einzigen Erzeuger des Reichthums, erklärt der Kongress, daß die Arbeiter ein Anrecht auf den Genuß des Staatskredits für die Zwecke der genossenschaftlichen Industrie haben.

Ferner wurden Beschlüsse zu Gunsten des Achtstundensystems, zu Gunsten der Landarbeiterbewegung, und ein Sympathie-votum für die Spanischen Arbeiter angenommen, worauf der Kongress, nach Erledigung auf die Agitation und Parteithätigkeit bezüglicher Geschäftsangelegenheiten, sich trennte unter dem Ruf: auf Wiedersehen in Birmingham! wo der nächste Kongress tagen soll.

(Dieser Bericht, wie er uns zugegangen ist, und der auch im Wesentlichen mit dem des „Manchester-Guardian“, der am ausführlichsten über den Kongress referirte, übereinstimmt. Daß die Versammlungen und Beschlüsse nicht nach dem Geschmack der Herrn Bourgeois und sonstigen Reaktionäre waren, ist allerdings nicht zu bestreiten; sie sollten es aber auch nicht sein, denn die Internationale Arbeiterassoziation ist gegen die Herren Bourgeois und sonstigen Reaktionäre errichtet worden, — nicht zu ihrem Vergnügen oder gar Nutzen. Bringt es der Bildungsgrad der Herren so mit sich, nun dann mögen sie über die Internationale schimpfen, nach Herzenslust schimpfen — wir finden das sehr natürlich und nehmen es den Leuten nicht übel — sie selber sind ja für ihre vernachlässigte Erziehung nicht verantwortlich — für unanständig, ja geradezu für niederträchtig müssen wir es aber erklären, wenn eine Zeitung, aus den Verhandlungen willkürlich einen Beschluß herausgreift, denselben durch eine anscheinend geringe, aber in Wirklichkeit das ganze Wesen des Beschlusses umgestaltende Abänderung einen das Strafgesetzbuch verlegenden Charakter zu verleihen sucht, und an die Fällung dann noch, damit die Herren Staatsanwälte es ja nicht übersehen, eine offene, nackte Denunziation knüpft. Das hat das Leitblatt des Fürsten Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrer Nummer vom 11. ds. Mts. gethan. Sie theilt darin den auf Einführung der roten Fahne bezüglichen Beschluß mit, indem sie die Stellen, welche die geeignetsten sind, auf die Nerven von Anstipplisten, Staatsanwälten und alten Weibern zu wirken, in gesperrter Schrift druckt, und den unverfänglichen Ausdruck „militante Gesellschaft“ (für die Internationale) durch den zweideutigen Ausdruck: „streitende Gesellschaft“ ersetzt und führt den so zugerichteten Beschluß mit der Vorbemerkung ein: „Die Internationale ist seit der Ueberführung ihres Hauptquartiers nach New-York, wie wir aus England vernahmen, dem britischen Volk ziemlich aus den Augen verschwunden. Ein Lebenszeichen hat dieselbe aber am vergangenen Sonntag in Manchester gegeben, wo 26 Delegirte, die ihrer Versammlung den Namen: „Zweiter Jahreskongress der britischen Abtheilung der Internationalen“ beilegte (!), die Annahme der roten Fahne und den folgenden Beschluß notirten, der eine Auflehnung mit bewaffneter Hand in bestimmte Aussicht nimmt.“ (Folgt der Beschluß.)

Die hier gesperrten Worte sind auch im Original gesperrt. Wer den Beschluß durchliest, wird finden, daß eine „Auflehnung mit bewaffneter Hand“ darin weder erwähnt, noch in Aussicht genommen wird, geschweige denn in „bestimmte“ Aussicht, wodurch der Beschluß auf das Bestimmteste in die Kategorie der „Vorbereitung zum Hochverrath“ fallen würde. Die Bemerkung der „Norddeutschen“ wäre nun harmlos genug, wenn sie sich ausschließlich auf die englischen Internationalen beschränkte, sündemalen es in England keine Staatsanwälte gibt, und die Regierung vorläufig an Hochverrathsprozesse nicht denkt, aber der Denunziant der „Norddeutschen“ hat durch den Wortlaut des ersten Satzes die Auflage der in „bestimmte“ Aussicht genommenen „Auflehnung mit bewaffneter Hand“ gegen die ganze Internationale Arbeiterassoziation, folglich auch gegen die deutschen Mitglieder und Anhänger derselben geschleudert, und damit zu einem neuen Hochverrathprozess angefordert. Und das ist infam. Der Autor der Denunziation hatte zwar zunächst nur die Absicht, für das Bismarck'sche Pressgesetz durch an die Wand Walen des rothen Gespenstes Propaganda zu machen. — Infam ist und bleibt aber infam. D. Red. v. B.)

## Politische Uebersicht.

Zur in letzter Nummer erwähnten Vauk'schen Interpellation bemerken wir noch:

Um die ganze Erbärmlichkeit des Reichstags in dieser Sache zu begreifen, muß man folgende Stelle aus dem betr. Sitzungsbericht durchlesen: Vauk, zur Motivirung seiner Interpellation: — „wir sind bestimmte Namen und Thatsachen mitgetheilt worden, wonach von den oberen Regierungsbehörden zahlreiche Versuche gemacht worden sind, von Postbeamten aus Abonnementlisten gewisser Zeitungen (also nicht bloß der „deutschen Post“) und Zeitschriften die abonnierten Personen herauszubekommen. (Hört, hört! links) Wenn nun der Generalpostdirektor Stephan und seine höchsten Beamten seinen Unterbeamten gegenüber selbst diese ganz ungesellige Handlungsweise vornehmen, warum sollen wir da nicht annehmen, daß man sich auch anderen Behörden in Bezug auf andere Personen willfährig zeigt (Sehr wahr! links). Wo bleibt dann schließlich der Schutz fürs Publikum? Dann hat doch der Reichskanzler Bismarck gewiß das Recht oder die Macht, die Postbeamten zu zwingen, das Briefgeheimniß für gewisse Fälle zu brechen; dann gibt es gar kein Briefgeheimniß mehr. (Sehr wahr! links. Unruhe.)“

Aus dieser Stelle erhellt, daß die Herren Reichstägler von der Linken wenigstens den Sachverhalt sehr gut kennen. Trotzdem mußten sie nicht, als die Interpellation von Hrn. Delbrück begraben wurde. Was liegt ihnen auch daran, ob „der Reichskanzler Bismarck das Recht oder die Macht hat“, das Briefgeheimniß — sei es direkt durch Postbeamte, oder indirekt durch seinen unalkoholirten Kollegen Stieber systematisch zu verletzen? Die Hrn. Fortschrittler sind hoffähig geworden, und haben nicht zu befürchten, daß man ihnen Chikanen oder gar „Hochverrathsprozesse“ macht. Das sind Dinge, die bloß Sozialdemokraten passieren, und je rücksichtsloser gegen diese vorgegangen wird, desto besser. Findet einmal bei der Sozialistenbande eine so flagranten Gesetzesübertretung statt, nun — so bemerkt eine fortschrittliche schöne Seele vielleicht einmal gelegentlich mit Achselzucken: es ist doch zu arg! freut sich aber im Herzensgrund königlich, daß diese verwünschten Störer des staatlichen und gesellschaftlichen Friedens thatsächlich als außer dem Gesetz stehend behandelt werden.

Und noch Eines: was hätten die Herren Fortschrittler antworten können, wenn, auf etwaiges unbequemes Andrängen, Delbrück ihnen zugerufen hätte: „Aber, meine Herren, erweisen Sie sich doch nicht so! Sie wissen ja doch, daß die ganze Affaire Sie nichts angeht, und was wir gegen die rothen und schwarzen Internationalen thun, ist ja nach Ihrem Geschmack und, das gegen die Sozialisten zunächst zu fürchten. Lesen Sie die „Revue“ unseres Meier, und Sie werden sehen, daß wir mit den Hrn. Sozialisten unter Umständen einen ganz guten Handel machen zu können glauben, bei dem Sie, meine Herren, sehr schlecht wegkämen. Also seien Sie froh, daß wir mehr in Ihrem, als in unserem Interesse diesen vaterlandlosen Gesellen den Daumen auf's Auge legen. Und wie Sie sich nur für das Briefgeheimniß ereifern können! Das Briefgeheimniß hat sicherlich nicht die, ich möchte sagen konstitutionelle Wichtigkeit des Stimmzettelgeheimnisses bei Wahlen, und, meine Herren, Sie verstehen doch, — Sie sind ja meist Arbeiterge — Sie werden doch mir gegenüber nicht lenzen wollen, daß Ihnen das Geheimniß der Abstimmung untrer Arbeiter nichts weniger als „heilig“ ist, daß Sie auf jede mögliche Weise herauszubringen suchen, wie unfre Arbeiter gestimmt haben; und daß, wenn Sie es glücklich herausgebracht haben, Sie sich nicht im Mindesten geniren, Ihre Arbeiter zu maßregeln — und zwar zu maßregeln in des Wortes verwegener Bedeutung. Also, meine Herren, lassen wir das Komödientenspiel, es kommt für uns Beide nichts dabei heraus. Jedenfalls seien Sie versichert, daß uns das Briefgeheimniß nicht weniger heilig ist, als Ihnen das Wahlzettelgeheimniß, und daß wir, der Staat, Stämper sind in puncto des Maßregeln, verglichen mit Ihnen, den Repräsentanten der Gesellschaft.“

Was könnten die Herren auf eine solche Sprache antworten? Nichts. Freilich, Hr. Delbrück wird eben so wenig eine solche Sprache gegen die fortschrittlichen Bourgeois führen, als die fortschrittlichen Bourgeois eine mannhafte, offene Sprache gegen die Regierung. Politische Heuchelei herrscht hier wie dort; ein bißchen Opposition „muß sein“ — wäre sie nicht da, müßte man sie erfinden — und an fond ist man einig.

Der Skandal der Untersuchungskommission über die Eisenbahnskandale — ersterer weit schlimmer als die letzteren — fängt doch selbst preussischen Nationalliberalen an zu arg zu werden. So schreibt die gut nationalliberale „Eberfelder Zeitung“:

„In mehreren Blättern wurde kürzlich officiös berichtet, die Untersuchungs-Kommission scheine es im Allgemeinen nicht für zweckmäßig oder erforderlich gehalten zu haben, die Personen namentlich hervorzuheben, und liege darin ein Beweis, daß besonders gravirende Dinge in größerer Ausdehnung sich nicht ergeben haben. „Daß besonders gravirende Dinge in größerer Ausdehnung sich nicht ergeben haben“, steht im Widerspruch mit der uns so eben von sehr wohl unterrichteter Stelle gewordenen Mittheilung, daß bisher befürchtet wurde, weitere Enthüllungen über den Geh. Rath Wagener würden diesen dazu veranlassen, sehr bekannte hochgestellte Personen bloßzustellen.“

Daß unter diesen „sehr bekannten hochgestellten Personen“ sich in erster Linie Fürst Bismarck befindet, das pfeifen in Berlin und im ganzen Reich“ die Späßen von den Dächern. Aber auch nur die Späßen; das übrige „Fehervieh“, welches dem genus hominis angehört, wagt nicht den heiligen Namen des Urhebers des

„heiligen“ Kriegs in Verbindung mit den Bagener'schen Schwindeleien zu nennen. Man geht höchstens wie die Rabe um den heißen Brei herum. Zum Beispiel ein Correspondent der fortschrittlichen „Rheinischen Zeitung“, der von Berlin aus über die „Differenz Bismarck-Roon“ Folgendes schreibt:

„Am heftigsten soll man — es kann hier natürlich nur von einem „on dit“ die Rede sein — bei der Angelegenheit Wagener an einander gerathen sein. Fürst Bismarck soll große Noth gehabt haben, den Herrn Ex-Redacteur der „Kreuz-Zeitung“ zu halten, und als die Disziplinar-Untersuchung nun gar zu einer Freisprechung führte, soll er die Wiedereinsetzung desselben in seine Stellung gewünscht haben. Dem hat sich jedoch Graf Roon widersetzt und sich dabei der einmüthigen Unterstützung aller Minister erfreut, und es war dies die erste Frage, in welcher Bismarck vollständig unterlag. Herr Wagener wird seine nachgesuchte Entlassung erhalten, und wenn er selbst seine Entlassung ohne Pension (?) nachgesucht hat, so schließt dies natürlich den Gedanken nicht aus, daß er schließlich seine Stellung im preussischen Ministerium mit einer Stellung in der Verwaltung des deutschen Reichs vertauschen wird. Sollte er vielleicht zum Mitglied des Reichs-Eisenbahn-Amtes designirt sein? Eine gewisse Kenntniß im Eisenbahnwesen wird man ihm nach den Lasker'schen Mittheilungen nicht absprechen können!“

Der betreffende Correspondent ist, wie wir genau wissen, der Regel nach sehr gut unterrichtet; wir haben daher allen Grund an die Richtigkeit des von ihm Mitgetheilten zu glauben. Darnach hätte der Hr. Reichskanzler das preussische Ministerium nicht sowohl aus politischen als aus „moralischen“ Gründen verlassen, d. h. eine moralische Niederlage erlitten, ja einen moralischen Bankrott. Und zwar das Wort moralisch in seinem engeren und strengsten Sinne genommen. Mit anderen Worten: nicht als „Gegner der Jesuiten“ (wer lacht da?), sondern als Protettor und Complice Wagener's hat Bismarck sich genöthigt gesehen, aus dem preussischen Ministerium anzufcheiden. Er ist jetzt „bloß noch“ Reichskanzler — im Reichskanzleramt herrscht seine Moral, und sind keine Conflitte mit Sonderlingen à la Roon zu befürchten, welche dem lächerlichen Borurtheil huldigen, Leute, die erwiesenermaßen „gegründet“, dürften nicht an der Spitze des Staats stehen. Im Reichskanzleramt wird deshalb auch, wie der Correspondent der „Rheinischen Zeitung“ andeutet, Hr. Wagener ungehört seine bisherige Thätigkeit fortsetzen können und in jeder Beziehung „der rechte Mann am rechten Platz“ sein. Und Hr. Lasker? Nun — da die Disziplinaruntersuchung gegen den „Erzengel“ zu einer Freisprechung geführt hat — was wir nie anders erwarteten, aber jetzt erst erfahren — so braucht unser Miniatur-Koboldspießer sich nicht weiter um die Sache zu kümmern, der fatale Zwischenfall ist nach allen Richtungen hin erledigt und verflucht, und wir können wieder tugendhaft auf unsere teutonische Hochbrust klopfen: „Wir danken dir Herr, daß wir nicht sind wie diese sittlich verkommenen Franzosen, die vor 25 Jahren einen König fortjagten, weil er das Land von Spigebuben regieren ließ!“

Im „Frankfurter Beobachter“ vom 29. Juni begegnen wir nachstehender Notiz:

„Man hat vielfach die Vermuthung ausgesprochen — und ist nach unserer Meinung vollkommen begründet — daß bei dem verhängnisvollen Bierkrawall vom 21. April sogenannte „Agents provocateurs“, welche den Zwecken der Reaction dienen, die Hand im Spiele gehabt haben, wie es denn eine bekannte Thatsache ist, daß die geplanten Excesse fast eine ganze Woche lang voraus für einen bestimmten Tag angeordnet waren. Bei den Gerichtsverhandlungen über den Mannheimer Bierkrawall ist nun die Existenz und das Wirken solcher Agents provocateurs in bester Form erwiesen. Einem bezüglichen Bericht der „Bosnischen Zeitung“ entnehmen wir Folgendes:

„Ueber die Entstehung des Krawalles, will man ihn durchaus als vorher verabredet ansehen, ist man noch heute im Unklaren. Nur einer der Angeklagten, ein langgedienter Soldat, Inhaber des eisernen Kreuzes, hatte unumwunden seine zerstörenden Thaten eingestanden und motivirte seine Handlungsweise dadurch, daß erstens der Brauereiwegen des hohen Aufschlags Recht geschähen sei und zweitens er der verführten Volksmasse nur haben zeigen wollte, welche anarchischen Zustände die Republik im Gefolge hätte; er identificirte nämlich Republik und Bierkrawall und hält alle bairischen Beamten für zu liberal, weil sie seinen vielfachen Denunciationen über die Vorgänge in den Arbeiterversammlungen wenig oder keinen Werth beilegte. Er rettete einem Polizeidiener das Leben, war aber der Eifrigste unter den Zerstörern.“

Es dürfte bei den hier bevorstehenden Schwurgerichtsverhandlungen über die noch restirenden schwereren Anlagefälle ein dankbares Feld für die Verteidiger sein, die Entstehungsart und die besonderen Ursachen der Ausbreitung der hiesigen Excesse möglichst klarzulegen. Anhaltspunkte hierfür sind immerhin in nicht unbedeutendem Maße vorhanden.“

So weit der „Frankfurter Beobachter“. Auch uns sind betreffend des Frankfurter „Krawalles“ curiose Notizen zugegangen, die jedoch in Ermangelung positiver Beweise nicht zu veröffentlichen für nöthig gehalten haben. Fest steht, daß der preussischen Regierung, die bei ihrer nun offenkundigen Absicht, die letzten Reste von Press-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit zu unterdrücken, Vorgänge wie der Frankfurter und Mannheimer Bierkrawall äußerst willkommen gewesen sein müssen.

Unsere neuliche Vermuthung bezüglich des „Dienstagmann 107“ hat ihre volle Bestätigung gefunden. Nach Enthüllungen, die neuerdings über die „Freie Deutsche Zeitung“ von zwei ehemaligen Beamten derselben gemacht worden sind, pfeift dieses saubere, Ultraradikalismus und Demokratie, ja Sozialismus machende Blättchen auf dem letzten Loch, und hat sich in seiner Verzweiflung an die Herren — Stroußberg und Lothar Bucher gewandt! Bucher theilt bekanntlich mit Wagener und Stieber die Ehre, Fürst Bismarck's Rathgeber und Vertrauter zu sein. Ein Wort von ihm ist ein Schlüssel zum — Reptilienfonds!

Das bekannte Meeraner Stückchen ist in sofern noch unbegreifbar, als es eine neue drastische Illustration des Liberalismus unserer liberalen Bourgeoisie ist. Denn wohlgerichtet der liberale Stadtrath und die liberale Bourgeoisie-Minorität der Bürgererschaft waren es, welche die Staatsbehörden zur Auflösung des Stadtverordnetenkollegiums gedrängt haben, damit alle Grundzüge, zu welchen der Liberalismus sich bekannt hat, schände und die Hüfte tretend. Selbstverständlich entschuldigt das nicht die Staatsgewalt, die hier, wie überall, den Büttel der Bourgeoisie macht, aber die reaktionäre Natur des heutigen Staats ist eben klar, während der politische „Liberalismus“ der Bourgeoisie selbst in Arbeiterkreisen noch vielfach Gläubige findet. Der Leipziger Räuber und der Meeraner Wolf — par nobile fratrum — ein edles Bruderpaar — sind zwei lebendige argumenta ad hominem, deren Beweisraft unüberwindlich ist.

— Es heißt, Bismarck werde aus dem Ministerium austreten

und bloß Reichstänzer bleiben. Einen Systemwechsel würde das eben so wenig angehen, als nach sich ziehen. Ich war reaktionär, Du warst reaktionär etc. Ich bin reaktionär, Du bist reaktionär etc. Ich werde reaktionär sein, Du wirst reaktionär sein etc. Das können die Noon, und Wagener, und Eulenburg, und Stieber, und Bismarck und Stephan etc. zusammen konjugieren, und werden es so lange konjugieren, bis es dem Volk einmal einfällt, sie zu — deklinieren. Uebrigens verlautei auch sehr guter Quelle, — und die jüngste Szene im Reichstag ist eine drastische Bestätigung — daß der Hr. Reichstänzer geradezu unumgänglich geworden ist; das kolossale Größengefühl — einen anderen Namen nicht zu gebrauchen, — an dem er seit Jahren laboriert, und das von Tag zu Tag zunimmt, hat, verbunden mit dem bekannten durch die Mißerfolge und Blamagen der jüngsten Zeit aufs Neueste gesteigerte „Nerveneiden“, eine solche Stimmung erzeugt, daß nur noch — Palaien mit dem Hrn. Staatskanzler verkehren können, und zwar Palaien mit besonders dickem Fell, wie die Nationalliberalen es zu haben pflegen. Hr. Noon ist aber kein Nationalliberaler, weder in dieser, noch in anderer Beziehung. Dies allein erklärt, warum der „Geniale“ im preussischen Ministerium unmöglich geworden. —

Neueste Art der Rechtsprechung. Im Leipziger Tageblatt vom 20. Juni wird von einer Berliner Gerichtsverhandlung erzählt, die mit Verurteilung von 1 Monat Gefängnis für den angeklagten Arbeiter geendet habe, weil dieser (in trunkenem Zustande) sich eines Hausfriedensbruchs gegenüber seinem Brodbäcker schuldig gemacht. Wenn die Thatsachen sich so verhalten, wie sie im gedachten Blatt erzählt sind, läßt sich natürlich über jenes gerichtliche Urtheil nichts sagen; denn nach § 123 des Reichsstrafgesetzbuchs ist der Richter verpflichtet, den Hausfriedensbrüchigen (d. h. den widerrechtlich in fremde Räumlichkeiten Eindringenden oder auf die Aufforderung des Berechtigten zum Verlassen des Platzes sich nicht fogleich Entfernenden) mit Geldbuße bis zu 100 Thalern oder Gefängnis bis zu 3 Monaten zu bestrafen. Was uns jedoch im vorliegenden Falle zur Kritik zwingt, ist folgendes: Im „Tageblatt“ wird berichtet, das Strafverkenntnis hätte die Höhe der Strafe ausdrücklich mit den Worten begründet: „in Anbetracht des sich immer mehr lockenden Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“. Hierin liegt entschieden eine Ueberschreitung der richterlichen Befugnisse. Der Richter hat einfach den Hausfriedensbruch zu bestrafen, wie es im Gesetze vorgeschrieben ist, gleichviel aber ob Kläger und Angeklagter in einem geschäftlichen Verhältnisse zu einander stehen, oder ob nicht. Der Richter ist nicht dazu da, um das „sich immer mehr lockende Verhältniß von Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ zusammenzukitteln, sondern um das verlegte Gesetz zu sühnen; das „Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ geht ihn nichts an. — Er konnte die Höhe des Strafmaßes begründen durch die Ueberlebigkeit oder die sonstige Beschaffenheit der Ausführung des Vergehens; er konnte sie begründen durch hundertlei gesegliche Erschwerungsmomente; er brauchte sie sogar überhaupt nicht zu begründen. Verbote aber mußte es ihm sein, Momente in das Erkenntnis hineinzubringen, die nie und nimmer vor das richterliche Forum gehören. Er kann es als Privatmann wohl bedauern, daß sich das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer immer mehr lockere, aber er wird schwerlich einen Gesetzesparagrafen ausfindig machen, der den Arbeiter der Strafe unterwerft, welcher gegen seinen Brodbäcker nicht demüthig, ergeben, pietätvoll und zudorftommend ist. „In Anbetracht des sich immer mehr lockenden Verhältnisses“ kann der Richter vielleicht im Erkenntnis sagen, wenn er einen „Contractbruch“ zu bestrafen hat, nicht aber in einem Falle, der dem Geschäftsverhältniß vollständig fern liegt. —

Die „Demokratische Zeitung“ in Berlin hat kürzlich einen Hülfers veröffentlicht, in welchem sie sich an die „bürgerliche“ Demokratie um Geldmittel wendet zur Fröstung ihrer Existenz. Dieser Hülfers wies unter den Unterschriften auch den Namen Johann Jacoby's auf, was uns sehr überraschte. Johann Jacoby ist vor länger als einem Jahre durch eine öffentliche Erklärung in die sozialdemokratische Arbeiterpartei eingetreten und ist heute noch ihr Mitglied. Es mußte also auffallen, seinen Namen unter dem Aufruf zur Unterstützung eines Blattes zu finden, das zu seiner eignen Empfehlung bei dem geldbesitzenden Bürgerthum sich als „bürgerlich-demokratisches“ Blatt bezeichnet. Wie uns versichert wird, ist Johann Jacoby's Name unter den Aufruf gekommen, ohne daß ihm Wortlaut und Tenor desselben bekannt war. Auch die Redaktion des „Volkstaat“ hat seiner Zeit die „Demokratische Zeitung“ empfohlen und zwar weil sie die Wichtigkeit nicht verkannte, in Berlin, der Hauptstadt Deutschlands ein Blatt zu wissen, das, wenn es auch kein eigentliches Parteiblatt war, sich doch unter seiner früheren Redaktion aufrichtig bemühte, den Interessen unserer Partei möglichst zu dienen. Aber schon seit längerer Zeit zwang die Rücksicht auf die Geldmittel der bürgerlichen Demokratie die Redaktion, sich mehr und mehr Referat anzulegen, was dann den Ausschluß unserer Partei veranlaßte, bereits im Februar dieses Jahres in einem Circular an die Vertrauensmänner sich gegen die „Demokratische Zeitung“ auszusprechen. Durch den neuesten Aufruf hat das Blatt unter seiner jetzigen Redaktion einen weiteren Schritt nach rechts gemacht. Die „Frankfurter Zeitung“, die der früheren Haltung des Blattes durchaus nicht grün war, beillt sich denn auch, ihm seine Gunst jetzt zuwenden und läßt sich unter den 18. Juni von Berlin also schreiben:

„Sie werden heute den Hülfers der „Demokratischen Zeitung“ nicht übersehen haben und ich möchte ihm ein Fürwort, zumal bei den Frankfurter Lesern hinzufügen, die derartiger Sorgen um ihre Parteipresse glücklich überhoben sind. Das Blatt war durch mancherlei Verschulden im vorigen Jahr aus seinem Fahrwasser herausgerathen, das Steuer, das ihm die ursprüngliche Richtung der bürgerlichen Demokratie bewahren sollte, mochte nicht kräftig genug sein und so schwankte es zwischen Volks- und Arbeiterpartei in einer Weise, die keine von beiden befriedigen konnte. Seit in einer Monaten ist dem definitive Abhilfe geworden, es wird mit frischer und tüchtiger Kraft seiner alten Aufgabe gemäß geführt.“ Die Arbeiterpartei hat hiernach kein Interesse mehr an dem Bestand der „Demokratischen Zeitung.“ Ein Blatt, das sich als Organ der bürgerlichen Demokratie bezeichnet, setzt sich in direkten Gegensatz zu unsern sozialen Forderungen und Bestrebungen. Die „bürgerliche“ Demokratie wird nicht in der Lage sein, das Blatt auf die Dauer zu halten. Die bürgerliche Demokratie geht bei den täglich mehr sich zuspitzenden sozialen Gegensätzen ihrer raschen Auflösung entgegen. Nicht der gute Wille einer Handvoll bürgerlicher Idealisten, sondern der Entwicklungsproceß unsrer gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmt unsrer politischen Zustände. Opfer für die Bewirkung bürgerlich demokratischer Ideale sind Opfer in das Faß der Danaiden. Doch das geht uns nichts an. Unsere Pflicht war es, zur „Demokratischen Zeitung“, die vielfach heute noch als ein Organ unserer Partei betrachtet wird, Stellung zu nehmen. Das haben wir hiermit gethan.

Zur Notiz. Durch ein Versehen wurden die für die späteren Aufsätze über die Juniinsurrektion bestimmten Citate aus französischen Zeitungen und Broschüren (dem Engländer'schen Buch über die französischen Arbeiterassoziationen entnommen) in letzter Nummer besonders gedruckt. Der nächstens erscheinende Schlussartikel wird nun einfach die Ereignisse in den Hauptmomenten zeichnen und die Bedeutung der Junischlacht hervorheben. —

Der verantwortliche Redakteur des „Volkstaat“, Ernst Casper, ist vom Bezirksgerichte in erster Instanz wegen „verleumderischer Beleidigung“ zu 100 Thlr. Geldstrafe und den Kosten verurtheilt worden.

### Gewerkschaftliches.

#### Verband für Buchbinder.

Leipzig, 30. Juni. Nachdem der Buchbindertag in Nürnberg beschlossen, daß Köln, Dresden, Frankfurt, Hannover, München, Nürnberg, Stuttgart als Vororte von Gewerkschaften zu bezeichnen seien, so suchen wir alle kleineren Vereine, sich einem der vorgenannten Orte, und zwar dem zunächstgelegenen, anzuschließen. Auch waren in Nürnberg außer vorgenannten noch mehrere kleine Orte vertreten; von verschiedenen dieser kleinen Orte wissen wir aber noch nicht, ob sie sich einem Gewerkschaften anschließen haben, auch sind dem Ausschuss von daher keine Adressen bekannt. Alle Vereinsvorstände wollen uns umgehend ihre Adressen zukommen und uns den event. Anschluß an einen Gewerkschaften wissen lassen. Ferner: Sollten an irgend einem Orte noch keine Protokolle angehängt sein, so wolle man dieselben direkt vom Ausschuss beziehen.

Es wird ferner noch bekannt gemacht, daß der Buchbindergehilfe R. Zimmerer aus Treuen bei Altenburg am 23. d. M. aus dem hiesigen Verein ausgeschlossen wurde.

Für den Ausschuss:  
S. Richter, Sternwartenstr. 93, 1.

#### Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Dresden, den 29. Juni. Am 21. Juni hielten wir eine öffentliche Arbeiter-Versammlung in der Zentralthalle ab. Tagesordnung: „Das Verhältniß der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei.“ Referent Bahleisch aus Chemnitz. Derselbe sprach sich bis in die kleinsten Details sehr ausfühlend aus, indem er betonte, daß es nur ein Mittel gäbe, etwas Ganzes zu schaffen; und dies könne nur im regen Beitritt zu den Gewerkschaften gefunden werden. — Dem Referenten sekundirte der Vorsigende Krause, der der Versammlung die Opfer und Leiden darlegte, welche die Arbeiter im Allgemeinen, sowie hauptsächlich deren Vorführer zu bringen hätten. Nachdem verschiedene Redner die gegenwärtige Lage der Arbeiter besprochen, wobei uns unter Anderem auch das Exemplar einer unerlaubten Nadelstich-Arbeitskarte aus dem Fabrikantenbund ans Licht geführt wurde, wurde die Versammlung (um halb 12 Uhr) geschlossen.

Gestern, den 28. Juni, Abends hielt die Holzarbeiter-Gewerkschaft eine öffentliche Tischler-Versammlung in der „deutschen Halle“ ab. Tagesordnung: 1) Das neueste Vorgehen der Tischler-Arbeitgeber. 2) Das Verhältniß der Gesellen, resp. die Nothwendigkeit der Einigung derselben. 3) Vergleichung der verschiedenen Löhne und Alforden und die großartige Konkurrenz der Tischler-Innungsmeister. Krause, als der Referent, schildert das Vorgehen der Tischler-Arbeitgeber, welche durch Herrn Schäfer zusammenberufen und veranlaßt worden, sich von Neuem immer wieder Thorheiten und Unrechlichkeiten zu Schulden kommen zu lassen. Als schlagenden Beweis stellt er den neu gegründeten Tischler-Arbeitgeber-Bund dar, welcher sich so weit verirrt hat, bei der Behörde um Wiedereinführung der alten, längst vermoderten Arbeitskarten, einen Antrag zu erheben. Dagegen macht sich die Versammlung in den bittersten Ausdrücken Luft; dann erkennt die Versammlung die dringende Nothwendigkeit einer schnellen Einigung aller in Dresden arbeitenden Tischler mit dem größten Beifall an. Es wird demzufolge einstimmig beschlossen, ein Comité zur Ausarbeitung und entscheidenden Feststellung eines allgemeinen Lohn- und Alford-Tarifs, nach Zeichnung für alle Arbeiten, einzusetzen. Das Comité besteht aus 10 Mann, anerkannt tüchtigen Arbeitern und meist bejahrten Leuten, 5 Mann für Bau- und 5 Mann für Möbelarbeit. Nachdem die Vorlage genehmigt ist, wird der Tarif an mehreren Orten öffentlich ausgehängt. Die Versammlung war sehr stark besucht und schloß um 7/8 12 Uhr.

J. Vater, Schriftführer.

#### Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Dresden, 25. Juni. Auf mehrfache Anfragen sei hiermit erklärt, daß das Protokoll der Generalversammlung (mit Statut der Gewerkschafts-Krankenkasse) im Druck ist und hoffentlich Anfangs nächster Woche zum Versand fertig sein wird.

Das revidirte Gewerkschafts-Statut wird unter 14 Tagen kaum so weit fertig sein. Die Listen werden in den Händen der Bevollmächtigten sein und bitte ich, sobald Protokoll mit Krankenkassen-Statut in den Händen der Mitglieder ist, ungefümt allerorts Versammlungen einzuberufen, damit die Zahl der zur Krankenkasse Treten den festgesetzt werde und zwar durch genaue Ausfüllung der Mitgliederlisten (siehe Rubrik 7). Die möglichst schnelle Einreichung der Listen thut um so mehr noth, als der Vororts-Wechsel nahe bevorsteht.

In Rochlitz ist Bevollmächtigter Wilhelm Lehmann, Schuhm., Mühlgraben 298. Kassirer ist Wilh. Vielenz. Ferner sei hiermit angezeigt, daß sich der Gehilfenverkehr und unentgeltliche Arbeitsnachweis in Dresden, Schreiberstraße Nr. 4 in Pirnaischen Hof befindet, was jeder beachten wolle.

In Regensburg ist Bevollmächtigter: R. Marawey im Café Seb, Fischgasse. In Gotha zählt Reisesunterstützung Aug. Kölllein, Hügelsgasse. Ferner sei bemerkt: In der am 23. hier abgehaltenen, sehr schwach besuchten, und größtentheils von Mitgliedern der Produktivgenossenschaft besuchten Gewerkschaftsversammlung erstattete der Delegirte Bericht über die Generalversammlung; nachdem noch einer seiner gleichgestimmten Freunde gesprochen, wurde die Frage, ob Dresden den Vorort noch auf ein Jahr übernehmen wolle, mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt. Die Freunde in Gotha wollen sich deshalb als Verwaltungsrath konstituieren und anher berichten, wenn sie soweit sind, die Geschäfte übernehmen zu können. — Ueber Pünktlichkeit der einzelnen Mitgliedschaften resp. deren jeweiligen Beamten später. — Bis heute haben erst Gotha, Leipzig und Offenbach Protokolle bestellt. Alle übrigen Orte wollen dies bald thun, da es vor Ausfüllung der Listen nöthig ist, das Krankenstatut zu kennen.

E. Bilger.

#### Internationale Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer.

Coburg, 30. Juni. Der Vorort obiger Gewerkschaft wird dringend ersucht, nachstehende Anfragen zu beantworten: 1) Ist das Einschreibegeld für 87 Mann, welches am 6. Juni von hier abging, angekommen oder nicht? 2) Sind die Statuten von einer Regierung genehmigt oder müssen sie hier angemeldet werden? 3) Werden wir einen Stempel vom Vorort erhalten oder müssen wir hier einen machen lassen. Nachdem diese Fragen schon zweimal brieflich gestellt sind, sehen wir uns veranlaßt, jetzt auf diesem Wege Antwort zu verlangen. Wenn die Leitung nicht bald besser gehandhabt wird, so wird Alles wieder verloren gehen. Von Berlin aus werden wieder Anstrengungen gemacht.

Mit Gruß  
Im Auftrage:  
Ernst Oberender in Bäumenhorn bei Coburg.

### Correspondenzen.

Leipzig, Am 29. Juni feierte der hiesige Arbeiterbildungsverein in den Räumen der „Cronen“ ein Sommerfest. Wenn in neuerer Zeit die Feste der Arbeiter von der feindseligen Presse beweiheilt wurden, von den Festen des Leipziger Arbeiterbildungsvereins kann man aber ohne Schmeichelei sagen, sie tragen das Gepräge der Würde und Eleganz. Diese Feste sind gleichsam eine erhebende Unterbrechung der ersten Arbeit, die der hiesige Arbeiterbildungsverein verrichtet. Ein Verein, der sich die Aufgabe gestellt hat, die Arbeiter zu bilden, und zwar so zu bilden, daß der Herausgebildete eine Force darin sucht, seine Kräfte der Gesammtheit zur Verfügung zu stellen, ein solcher Verein kann nur Feste feiern, die ihm und der Arbeiterklasse zur Ehre gereichen. Das Programm des Sommerfestes war äußerst reichhaltig. Musik und Gesang wechselten, einander ergänzend, ab. Dem Gesange war es anzumerken, daß ein tüchtiger Meister ihn pflegte, und auch die Musik war nicht ganz ohne. Nur einmal, als die Marschmusik intonirt wurde, wollte uns die Geduld schier verlassen. Während der Franzose unter den Klängen dieses Freiheitsliedes lächelnd in den Tod geht, lullt sich der Deutsche mit deutscher Gränlichkeit dabei in den Schlaf. Das kann anders werden, wenn der Vorstand des Arbeiterbildungsvereins künftig den Musikern den Takt schlägt. — Auf der Wiese waren Groß und Klein, Männlein und Weiblein eifrig bemüht, durch Sachspülen, Faden-schneiden, Kranzstechen, Topfschlagen, Wettlaufen und weiß Gott was sonst noch die Gaben Fortuna's zu erhaschen. Den Schluß des Festes bildete der unvermeidliche Ball, der die schweißtriefenden Paare bis zum frühen Morgen festsetzte.

Markranstädt, 22. Juni. Auf gestern Abend war hier eine Volksversammlung einberufen, die sehr zahlreich besucht war. Nauert (Leipzig) referirte unter großem Beifall über die Arbeiterbewegung und die indirekten Steuern. Es meldeten sich hierauf zwei Bourgeois zum Wort, die mit den alten abgedroschenen Phrasen vom „Theilen“, vom „Sparen“ und von der „Harmonie“, papageier-artig plappernd, gegen die Sozialdemokraten ankämpfen wollten. Es entspann sich eine äußerst heftige Debatte und unter allgemeinem Hohngelächter wurde den Bourgeois von Nauert, Bloß und Voigt nachgewiesen, daß sie viel zu unwissend seien, um sich überhaupt an einer öffentlichen Debatte anständig betheiligen zu können! Diese Gesellen, die noch niemals ein sozialistisches Blatt oder eine sozialistische Schrift gelesen, glaubten mit einigen Phrasen über die ganze soziale Frage hinwegspringen zu können, erklärten Sonnemann für einen Sozialdemokraten (!), die Leipziger Sozialdemokraten für Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und behaupteten noch, von ihrer grenzenlosen Berranntheit irre geführt, der „Volkstaat“ suche das durch mißlungene Stripes hervorgebrachte Elend zu verschweigen. Sie wurden gelührend gestraft durch den Hohn, der sich von allen Seiten über sie ergoß und saßen wie mit kaltem Wasser begossen da. Der Schulmeister des Orts ergriff ebenfalls das Wort, erklärte sich nicht ganz mit den Sozialdemokraten einverstanden, sprach aber nicht ohne Verständnis über die heutigen Schulzustände und die traurige Lage der Lehrer. Wir müßten den Herrn Schulmeister nur in dem Fall bedauern, wenn die oben erwähnten Bourgeois einst seine Schüler gewesen sein sollten; dann möge er ihnen das Schulgeld wieder heranzahlen.

Berlin. Da sich die hiesigen Weber, resp. Stuhlarbeiter in einer so traurigen Lage befinden, daß wenn der Lohn nicht erhöht wird, sie in kurzer Zeit gänzlich zu Grunde gehen müssen, so haben sich die Meister und Gesellen dahin geeinigt, eine Verbesserung ihrer Lage herbeizuführen. Auf Grund dessen haben die Vorstände der hiesigen Innung einen Lohnarif ausgearbeitet, welcher besteht, daß 1) eine Lohngleichheit besteht, 2) den Arbeiter so stellt, daß er wenigstens einigermaßen weiterbestehen kann. Da nun der Lohnarif den Fabrikanten vorgelegt worden ist und die sich geweigert haben, mit dem Vorstand zu unterhandeln, so haben Meister und Gesellen beschlossen, die Arbeit am 1. Juli einzustellen. Da nun die hiesige Organisation der Weber eine sehr mangelhafte ist und nur die Gewerkschaft die nöthige Organisation besitzt, leider aber auch diese zu schwach ist, um thätig einzutreten, so richten wir die Bitte an alle Gewerks- und Parteigenossen, sowie an alle Berufsgeossen, den Bezug fernzuhalten und uns thätigste Unterstützung nicht zu versagen, damit wir unsern Gegnern so wie denjenigen, welche sich noch keiner Organisation angeschlossen haben, zeigen, daß wir durch unsere Organisation auch im Stande sind, durchzuführen, was wir angefangen haben und die Richterorganisirten sich unserer Gewerkschaft anschließen. Also, Kollegen, wir erwarten daher von Euch, daß Ihr unsere Sache wie die Eureige betrachtet. Unterstützungen sind zu senden an E. Reiber, Beitragsammler, Koppensstraße 26, 3 Treppen.

Samburg, 26. Juni. Die Einigungsbestrebungen, von welchen in meiner letzten Correspondenz die Rede war, machen hier Fortschritte. Es haben in diesem Monat schon drei Versammlungen, einberufen von den Opponenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins (Vorsigender Bräner), behufs Berathung der Einigungsbestrebungen stattgefunden. Da es den Anschein gewinnt, als festige sich der Boden einer wesentlichen Verständigung zwischen den Opponenten des Arbeitervereins und unsern Parteigenossen, so ist es wohl an der Zeit, hier das Wichtigste über die Vorgänge in den Reihen der hiesigen Sozialdemokraten mitzutheilen. Nachdem im verfloffenen Winter, in Folge der bekannten Vorfälle, die hiesige Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins sich in zwei Lager von ziemlich gleicher Stärke gespalten hatte, wurde von beiden Theilen den Arbeitern, folglich auch unsern Parteigenossen gegenüber werdend aufgetreten. Dies legte uns die Erwägung nahe, inwieweit diese oder jene Fraktion unsere Sympathien verdiene. Es zeigte sich bald, daß die Opponenten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, welchen das Schalten und Walten in diesem Verein endlich zu bunt geworden war, für die Vereinigung sämmtlicher sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands,

allerdings noch unter den Nachklängen der Lehren des Berliner „Neuen Sozialdemokrat“ zu wirken sich entschlossen hatten. Ihre Versammlungen wurden daher abwechselnd von diesem oder jenem unserer Parteigenossen besucht in der Absicht, auch unsresorts zu geeigneter Zeit die Einigungsbestrebungen fördern zu helfen. Die alte Vereinstätigkeit wich dem guten Willen, der deutschen Arbeiterbewegung einen nützlichen Dienst zu erweisen. So kam der 1. April heran; seitens der Mitglieder der Opposition des Arbeitervereins mußte nun völlig mit dem „Neuen Sozialdemokrat“ und seinem Einfluß auf die Hamburger Arbeiter gebrochen werden. Den „Volksstaat“ lassen diese Mitglieder wohl, allein nur wenige Exemplare, und so wies sie denn ihre ganze Tatkraft auf die Gründung eines eignen Organs hin. Dies Blatt, einfach „Sozialdemokrat“ genannt, trat mit dem 1. April als Wochenblatt ins Leben. Damit war die Loslösung von Berlin unvorderrücklich vollzogen. Wenngleich der Hamburger „Sozialdemokrat“ noch manchmal absonderliche Artikel enthält und auf uns keineswegs stets gut zu sprechen ist, so begrüßten wir ihn doch bis auf den heutigen Tag als ein günstiges Zeichen für die Vereinigung speziell der Hamburger Arbeiter. Die Berliner Wirtshauspartei fand in dem neuen Blatt einen unerbittlichen Gegner, trotzdem versuchten es die Leiter der Opposition, gemäß ihrem Grundsatze „keine Zweifeln in der deutschen Arbeiterbewegung“, Versammlungen zu veranstalten, worin die Einigung sämtlicher sozialdemokratischen Fraktionen auf der Tagesordnung stand. Wie oben erwähnt, haben bis jetzt drei solcher Versammlungen, und zwar unter dem Vorsitz von Bräuer, stattgefunden. In der ersten dieser Versammlungen, vom 11. Juni, waren wirklich alle drei Fraktionen erschienen. Es kam zu heftigem Redekampfe, aus dem ersichtlich war, daß die organisationstreuen Mitglieder des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins schwerlich zur Einigung oder auch nur zum friedlichen Handinhandgehen zu bewegen sein würden. Aller Zweifel in dieser Hinsicht wurde gehoben, als bald nach der Versammlung vom 11. Juni ein nicht mißzuverstehender Brief im Berliner „Neuen“ den letzten Rest von Einigungsgedanken bei seinen Anhängern verschleuderte. Zwar erschien ein Hauptredner der Organisationstreuen, Herr Hartmann, in der zweiten Versammlung, vom 18. Juni, noch einmal, offenbar um Zwietracht zwischen die Opponenten des Arbeitervereins und unsern Parteigenossen zu säen, allein er machte seine Sache so schlecht, daß er das Gegenheil von dem, was er wollte, erreichte. Endlich kam die dritte Versammlung, am 25. Juni, in welcher schließlich ein Antrag des Herrn Rocamora, Mitglied der Opposition des Arbeitervereins, nachdem derselbe schon früher von Bräuer und seinen Versammlungsgenossen Henke, Hillenberg, Pabst, Leinweber aus Offenbach, Lüders und Schalmeyer, unsererseits von Praast, Schulz, Weib und Küffel beifürwortet worden war, zur Annahme gelangte. Dieser Antrag forderte die Einsetzung einer Commission, bestehend aus fünf Mitgliedern der Opposition des Arbeitervereins und fünf Mitgliedern unserer Partei, mit dem Auftrage, die beiderseitigen Organisationen zu prüfen und einen Vorschlag zur Einigung beider Fraktionen ausgearbeitet zu stellen. Es steht zu erwarten, daß diese Commission schon in nächster Woche mit der ihr überwiesenen, allerdings nicht leichten Arbeit beginnen wird. Ob eine völlige Einigung oder ein friedliches Nebeneinandergehen das Ergebnis der Beratungen sein wird, will ich heute nicht untersuchen, zumal die Vorschläge der Commission einer endgültigen Abstimmung der betreffenden Mitgliederversammlungen unterliegen. Für die Einigung selbst wird es gut sein, die Arbeiten der Commission nicht zu überbürden, während inzwischen etwaige prinzipielle Bedenken in den gemeinschaftlichen Mitgliederversammlungen besprochen und möglichst gehoben werden können. Ich hoffe, daß das begonnene Werk, sinnig und mit Bedachtsamkeit gefördert, dem Gährungsprozess in der deutschen Sozialdemokratie ein nachhaltiges Säuerungsmitel werden möge — und damit schliesse ich für heute.

**Böhmisch-Zwizkau.** Erlauben Sie mir, daß ich Ihnen einmal etwas ächt Oesterreichisches zum Besten gebe. Die hiesigen Weber betreiben eine freie Versammlung ein, um über ihre elende Lage zu berathen und Mittel und Wege ausfindig zu machen, wie es möglich wäre, dieselbe auf gesetzlichem Wege zu verbessern. Denn gedrücktere und in größerer Noth lebende Arbeiter gibt es wohl nicht gleich, wie unsere Zwizkauer sind. Bei 16 bis 18 stündiger Arbeitszeit verdienen sie an vortrefflich guter Waare 3 bis 4 fl., an schlechterer 2 fl. bis 2 fl. 50 kr. Kann die Frau spulen, so verdient sie an guter Wolle fünfzehn Kreuzer ö. W. täglich. Davon sind noch Spizen, Schlichte, Del, Bürsten ic. zu kaufen. Das Pfund Rindfleisch kostet 32 kr. (die Weber kennen es gar nicht). 1 Pfund Brod 8 kr., eine Klafter Holz 12 fl., eine Wohnung für einen Weibspuhl 20 fl. jährlich. Hier kennen Hunderte nur dem Namen nach. Es braucht da wohl nicht erst erwähnt zu werden, daß diese Sklaven des Kapitals nur noch wie lebende Schatten herumschleichen; in den besser gestellten Ortschaften der Glasindustrie ist es sprichwörtlich geworden, daß in Zwizkau Alles betteln geht, nur der Bürgermeister nicht, denn der lebt von dem, was die in Hanse bringen. Um 40 bis 50 kr. mehr zu verdienen, gehen sie 5 bis 6 Stunden weit, und kann man's nobel geben, so hat man ein Stück trocknes Brod in der Tasche. Kurz es ist mir unmöglich, zu schildern, in welcher elenden Lage sich diese lebenden Maschinen befinden. Jetzt gehen die Geschäfte flott. Was soll aber werden, wenn Arbeitsmangel eintritt? Bei solcher Massenproduktion ist das leicht möglich, dauert derselbe 8 bis 14 Tage, so ist Hungersnoth da und hunderte von Familien sind dem größten Elende preisgegeben.

In Folge alles Dieses zeigten zwei Genossen die erwähnte freie Versammlung mit der Tagesordnung: „Wie wäre es möglich, die Lage der Arbeiter auf gesetzlichem Wege zu verbessern?“ bei der Bezirkshauptmannschaft an. Wir rüsteten uns, doch die Weber denken und die „schwarz-gelben“ lenken. Zuerst wurde beim hochloblichen Magistrat der Stadt Zwizkau angefragt, ob's auch rathsam sei, die Versammlung zu bewilligen, und — wer laßt da? die Fabrikanten vulgo Räte erklärten, daß des freien Zutritts wegen leicht die öffentliche Ruhe und Ordnung gestört werden könnte und weil ja die Tagesordnung in einer Vereinsversammlung unter Mitwirkung des Bürgermeistersamtes (wie pfiffig!) viel leichter zu besprechen wäre. Nun, so dummsind die Weber wohl nicht, daß sie nicht wüßten, woher der Wind bläst. Sie werden eine andere Versammlung anzeigen und bitten unterdessen den heiligen Valentin, welcher in hiesiger Gegend schon manches Wunder unter dem Viehstande gemacht und in Zwizkau seinen Sitz hat, daß er zum Heile der Menschheit seine Arbeit fleißig fortsetzen möge. An die Genossen der Umgebung richteten sie das Ansuchen, im Kampfe mit Rath und That beizustehen, da die Bewegung doch im nördlichen Böhmen gute Fortschritte macht.

**Neu-Szenburg,** den 22. Juni. Bei der am vorigen Montag abgehaltenen Verlosung zum Besten der inhabirten Familienväter sind folgende Loose gezogen worden, diejenigen, die gewonnen haben, mögen sich binnen 14 Tagen melden, sodas wir die Gewinne direct an sie absenden können, Adresse Jean Bollé, Neu-

Szenburg); Nr. 381 343 121 22 324 216 267 181 264 376 214 229 87 200 472 17 89 398 30 78 82 269 52 180 458 394 230 174.

**Die Kommission:**  
Jean Bollé, F. Zimmer, Ph. Kühn, Heinrich Simon, H. Arnaut.

**Regensburg,** 23. Juni. „Wenn die Menschen Schweigen, so werden die Steine schreien.“ Vor ungefähr 14 Tagen hatten die hiesigen Liberalen eine Versammlung anberaumt, in der den hiesigen Einwohnern die große Nothwendigkeit, heidenmäßig viel Geld für eine unpraktische Wasserleitung zum Fenster hinauszumwerfen, plausibel gemacht werden sollte. Wenn wir auch mit den vielen Phrasen und dem Kohl, der hier geschwagt wurde, nicht einverstanden sein konnten, so mußten wir dem Redner doch dankbar sein für die statistischen Mittheilungen, die wir zu hören bekamen und die uns staunen machten. Nach diesen Ausführungen kommen in der Kreisstadt Regensburg, dieser einstigen Perle des deutschen Reiches voll Gottesfurcht und frommer Sitte, auf je 1000 Einwohner nur 28 Geburten jährlich, während von 100 gebornen Kindern jährlich ca. 86 sterben, ja diese Sterblichkeit schon bis auf 98 Prozent (!) gestiegen ist. An dieser Sterblichkeit soll schlechtes Trinkwasser weitans die größte Schuld tragen. Uns schien freilich der Grund tiefer, nämlich in den sozialen Verhältnissen zu liegen. Sagen durften wir freilich Nichts, denn solche Fragen, die das Wohl der Gemeinde oder die Verwendung der Gemeindegelder betreffen, können nach unseren Gesetzen, die ja „gleiches Recht für Alle“ garantieren, nur von Bürgern diskutiert werden. Die Bürger aber, vor allem die fast- und kraftlos, hungerleidenden und bauchfrierenden Kleinbürger, bleiben unserer Bewegung stets fern, sie könnten ja die Kundschaft, eine liberale Bettstatt zu finden oder dem heiligen Petrus den Bart anzustreichen, verlieren. In- und Beifassen aber dürfen sich glücklich schätzen, vom Steuergulden 36 kr., also 60 Prozent Gemeindevulgarzinsen zahlen und rechtlos und mundtot sein zu dürfen.

Parteigenosse Demmler aus Oeyer sprach vor 8 Tagen sehr gut in einer Parteiversammlung im Vereinslokal; leider können wir in unserer „lieben Vaterstadt“ zu einer Volksversammlung kein Lokal mehr erhalten. Der Staat ist in Gefahr. An der hies. Ostbahn wären in der Centralwerkstätte viele Arbeiterstellen zu besetzen, aber es kommen keine Arbeiter, und wenn welche kommen, so gehen sie gleich wieder, denn der miserable Hundelohn, der hier trotz der enorm hohen Ausgaben für alles Nothdürftige bezahlt wird, und die abscheuliche Behandlung der Arbeiter seitens der „Herren“ schredt Jeden zurück. Biel sind jedoch die Arbeiter, und besonders die Metallarbeiter, selbst daran schuld, daß es nicht besser wird, denn trotzdem z. B. den Arbeitern der Centralwerkstätten bereits hier und da einige Concessionen gewährt wurden, haben gerade diese Arbeiter nicht einmal den Muth, der „internationalen Metallarbeiterschaft“ beizutreten.

Arbeiter allerwärts, weidet Regensburg!  
Gestern hielt der nationalliberale Arbeiter-Fortbildungverein sein 6. Stiftungsfest im Hofraum einer hiesigen Bierschenke. Die Mitglieder dieses Vereins sind bereits so zahlreich, daß diese selbst gar kein Fest hätten halten können, und so wurde denn gegen Entrée von 6 kr. Alles zugelassen, sogar auch bildungsbedürftige Bauern. Wahrscheinlich in Folge liberaler Aufklärungen entstand ein Gerause, welches damit endete, daß ein Bauer von seinem Messer (in hiesiger Gegend hat das lange Messer mit dem Rosenkranz Bruderschaft geschlossen) Gebrauch machte, und einige Körperverletzungen, die noch dazu nicht unbedeutend sein sollten, die Bildung krönten. O, daß diese Bildungsvereine so etwas nicht den vaterlandlosen, nicht göyenanbetenden Sozialdemokraten nachsagen können! Gottlob gehört dieser Verein bereits zu den Totten, denn kein vernünftiger Arbeiter mag sich nachführen lassen. Vielleicht feiern wir diesen Sommer wieder ein Gartenfest, dann soll die rothe Fahne wehen, daß die Bildungsvereine, wie im vorigen Jahr, vor Born blau anlaufen. — Das Alte stirbt, es ändert sich die Zeit! —

**Meran.** Der Schriftfeger Maximilian Urbach, alias Urbanowicz, ist aus hiesigem Verein ausgeschlossen worden, was wir im Interesse der Parteigenossen zur öffentlichen Kenntniß bringen. Der Arbeiter-Bildungs-Berein, J. Lechleitner.

**Büriß,** 26 Juni. Am hiesigen Plage haben die dem Typographenbunde angehörigen Buchdrucker wegen schon seit einem halben Jahre schwebender Tariffdifferenz die Arbeit eingestellt. Die „Tagwacht“ vermuthet einen allgemeinen Arbeitsanschlus der Buchdrucker, ähnlich dem in Deutschland, zur Sprengung des Typographenbundes und mahnt die übrigen Arbeiter schon jetzt, bei Eintritt der Krisis hilfsbereit zu sein.

**Briefkasten**  
der Redaktion. G. Lde Berlin: Wird selbstverständlich unentgeltlich aufgenommen.  
der Expedition. Böttcherer. Berlin: Ann. Mai und Juni 1 Tbr. 25 Gr. Ad. Witt Köstchenbroda: 1 Expl. f. Juni an Sie gesandt, Sie schulden noch 1 Gr. Hönsmr Neunkirchen: Sie haben 3 Gr. gut von letzter Sendung, von früher 15 Gr. J. G. Pflr hier: 3. Du. Gr. 17. 5. 3. Bhm Münster: Schr. 5 Gr. Grim Mainz: 2. Du. Tbr. 9. 28. — Arb.-Ber. Gloggnitz: 3. Du. Tbr. 1. 21. J. Rißh Crefeld: 3. Duart. Tbr. 2. 24. Gym hier: 3. Du. 16 Gr. Arb.-B.-Ber. Neunkirchen: 3. Du. Tbr. 1. 21. Ggt hier: Schr. 2 Gr. G. Hardeß Köln: 2. Du. 26 Tbr., es macht Tbr. 44. 24. 2. J. Rißh Crefeld: 3. Du. 40 Tbr. Wonsl Hefingford: 3. Du. 16 Gr. Stgr New-York: 3. Du. Tbr. 1. 18. Gbtr Wf Warschau: 3. Du. 16 Gr. M. Kötsch Dresden: 2. Du. Tbr. 6. 28. G. Wdr Neundorf: Schr. 4 Tbr. f. Destr Ling: 3. Du. Tbr. 1. 18. Schr. Tbr. 4. 2. J. Rißh Crefeld: Schr. 10 Gr. Gbgr Grag: 3. Du. 17 Gr. Rnne Pforzheim: 3. Du. 2 Tbr. Rißh Wien: 3. Du. Tbr. 3. 29. C. Wdch Watterdorff: 3. Du. 4 Tbr. Rißh Dresden: Schr. Tbr. 3. 2. Wdch Grag: 3. Du. 16 Gr.

**Fond für pol. Gemafregelte.**  
Von R. E. hier 3 Tbr.

**Augsburg** Sonntag, den 6. Juli, Vormittags 10 Uhr: **Volksversammlung** im Kohlergarten. — Tagesordnung: „Die moderne Kultur und der Sozialismus“. Referent: Gillenberger aus Forchheim. Nachmittags **Konzert** im Kohlergarten. Eintritt 6 Kr. à Person. Abends 6 Uhr: **Tanzunterhaltung** im Kohlergarten. Eintritt für Herren 12 Kr., für Damen 6 Kr. Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein Für das Comité: R. Dirb.

**Berlin** Sonntag, den 6. Juli, Vormittags 10 Uhr im Lokal des Herrn Groß, Köpplerstraße Nr. 151. — Tagesordnung: Einführung der Krankenkasse; Aufnahme neuer Mitglieder findet statt. Der Vorstand. NB. Wir fordern alle diejenigen auf, die weiter bei der Gewerkschaft der Holzarbeiter bleiben oder sich der Gewerkschaft der Holzarbeiter anschließen wollen, in dem genannten Lokal zu erscheinen, damit wir eine strenge Organisation schaffen über die ganze Welt. Holzarbeiter aller Länder, verbindet Euch! Das soll stets unser Wahnspruch sein.

**Berlin** Man abonniert vom 1. Juli ab auf den „Volksstaat“ monatlich 7 1/2 Sgr. frei ins Haus, bei den Herren Traut-

mann, Engelstraße 6b, 4 Tr.; Frieß, Schwedterstraße 28, Hof part. Meyer, Linienstraße 79; Deusch, Lindenstraße 11, Hof 4 Tr. bei West. Reuber, Koppstr. 26; Schmolze, Stettinerstr. 43, Hof part. [39]

**Dresden** Betreffs der Landesversammlung in Chemnitz hatte ich mir den Parteigenossen mitzutheilen, daß die sämtlichen Mitgliedschaften im 19. Wahlkreise, bei denen ich in den letzten Wochen 12 Versammlungen abgehalten, sich zur Beibehaltung derselben am 13. Juli bereit erklärt haben; ebenso haben sich auf Grund der von Chemnitz ergangenen Einladung viele andere Orte zustimmend erklärt. Was mich betrifft, so halte ich gleichfalls für sehr notwendig, daß die Delegirten der verschiedenen Orte eines Landes sich gegenseitig vor dem Congreß besprochen haben, um hinlänglich unterrichtet beim Congreß in die Diskussion treten zu können. Und nachdem der Tag einmal benannt worden, ist es jedenfalls am Besten, er wird allseitig benützt. Die Teilnahme ist freiwillig, die Versammlung ist, vom Parteistandpunkte aus betrachtet, privater, nicht offizieller Natur. Wer also kommen kann, komme doch ja zum 13. Juli nach Chemnitz. H. Otto-Walfer.

**Frankenberg** Sonntag, den 6. Juli, **Großes Arbeiterfest** im festlich decorirten Saale des Herrn Benedix, verbunden mit Konzert, Declamation, Gesang und Festebe (gehalten von Dr. Walfer aus Dresden). Anfang Nachmittags 3 Uhr. Abends Ball. Hierzu sind die Parteigenossen und sozial-demokratisch gesinnten Arbeiter von Rath und Fern herzlich willkommen. Empfang auf dem Bahnhofe von den Fest-Comité-Mitgliedern. Es ruft unsere Gesinnungsgenossen, Euch Alle zu sehn in unserer Mitte! \*26) Das Fest-Comité des sozial-demokratischen Arbeitervereins.

**Gotha** Montag den 7. Juli, Abends 8 Uhr: **Generalversammlung der Holzarbeiter-Gewerkschaft** im Kalkwasser's Restauration und zwar im Saale. — Tagesordnung: 1) Kasienbericht, 2) Congreß-Angelegenheiten, 3) mehrere wichtige Besprechungen. Die Mitglieder werden auf den § 25 des Krankentatuts aufmerksam gemacht und zugleich um pünktliches Erscheinen ersucht. H. Wabst, Bevollmächtigter.

**Leipzig** Sonnabend, den 5. Juli, Abends 8 Uhr: **Allgemeine Metallarbeiter-Versammlung** im „Bergschloßchen“ zu Neu-Schönefeld. — Tagesordnung: „Der Normalarbeitstag und die Vorgänge in der Vogel'schen und Bergmann'schen Maschinenfabrik.“

**Stollberg** **Oeffentliche Versammlung** der sozial-demokratischen Arbeiterpartei für Stollberg und Umgegend, Sonntag, den 6. Juli, Nachmittags 2 Uhr, im Schießhause. Tagesordnung. Abführung der Parteistruer und Besichtigung der Landesversammlung zu Chemnitz. Wenn möglich, soll wenigstens ein Vertreter aus jedem Orte des 19. Wahlkreises in dieser Versammlung mit erscheinen, damit Verhandlung über Kandidaten für die nächste Reichstagswahl erzielt wird. \*26) Das Agitations-Comité und der Vertrauensmann.

**Bekanntmachung.**  
In heutiger zahlreich besuchter Versammlung hiesiger Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei wurde einstimmig beschlossen, den Stadtvorordneten und feibirigen Parteigenossen F. Gerhard auf Grund gemachter Erfahrungen ferner nicht mehr als solchen zu betrachten, und bringen dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß aller Parteimitglieder und Gesinnungsgenossen mit der Bemerkung, daß gleichzeitig bei dem Parteianschlus Gerhards desinitiver Ausschlus aus der sozialdemokratischen Arbeiterpartei beantragt wurde. Meerane, den 23. Juni 1873. Der Vorstand.

**22. sächs. Wahlkreis.**  
\* Sonntag, den 6. Juli, Nachmittags 3 Uhr: **Bezirksversammlung** in Trfersgrün bei Dwe. Schotten. Bestimmte Abgeordnete wollen Vormittags 11 Uhr dort sein. Das Agitations-Comité in Reichenbach i/B.

Den Parteigenossen empfehlen wir folgende Organe zur Verbreitung: „Arbeiterwochenchronik“, Organ der ungarischen Arbeiter. Erscheint wöchentlich einmal in deutscher Sprache in Buda-Pest. Preis pro Quartal 60 kr. öferr. — 12 Sgr. „Arbeiterzeitung“, erscheint wöchentlich einmal deutsch in New-York. Preis pro Quartal 1 Thlr. 10 Sgr. für Deutschland. NB. Die hier aufgeführten Blätter resp. deren Expeditionen werden ersucht, auch im neuen Quartal uns wie den Hubertuburgern ein Exemplar regelmäßig zukommen zu lassen, wofür sie ein Expl. unseres Blattes wie bisher forterhalten. Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“.

**Zur allgemeinen Kenntniß**  
bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmte Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript hierzu längstens bis **Montag, Mittwoch oder Freitag** Mittags in unseren Händen ist. Inserate bitten wir an uns zu adressiren.

**Die Expedition des „Volksstaat“**  
**Bekanntmachung.**  
Die Filialexpeditionen werden hiermit aufgefordert, den Betrag für das II. Quartal, soweit es nicht schon geschehen, binnen acht Tagen einzusenden. Ebenso werden auch jene Abonnenten, welche das Blatt per Kreuzband beziehen und pro II. Quartal hierfür noch im Rückstande sind, ersucht, sofort den Betrag einzusenden, wie für das III. Quartal pränumerando zu bezahlen. Die Expedition des „Volksstaat“.

**Bekanntmachung.**  
Die Filialen wie sonstigen Leser des „Volksstaat“ werden ersucht, umgehend das Abonnement zu erneuern, damit die Auslage bestimmt werden kann. Säumige haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie die ersten Nummern nicht mehr erhalten. Die Expedition des „Volksstaat“.

**Zur Notiz**  
allen Volksstaatabonnenten, daß bei dreimaligem Erscheinen an allen deutschen Postanstalten Monatsabonnements angenommen werden müssen. Die Expedition des „Volksstaat“.

**Filialexpeditionen, welche im Besitz von unanbringlichen** Heften Nr. 2, 3 und 4 von Marx „Kapital“ sind, werden gebeten, solche recht bald zu remittiren. Expedition des „Volksstaat“.

Leipzig: Berantw. Redaktion C. Casper. (Redaktion und Expedition Brüderstr. 44). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdrucker.